

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	23.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagworte	Liberale Parteien
Akteure	Landesring der Unabhängigen (LdU)
Prozesstypen	Keine Einschränkung
Datum	01.01.1965 - 01.01.2022

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Beer, Urs
Benteli, Marianne
Bernath, Magdalena
Brändli, Daniel
Gilg, Peter
Müller, Eva
Rinderknecht, Matthias

Bevorzugte Zitierweise

Beer, Urs; Benteli, Marianne; Bernath, Magdalena; Brändli, Daniel; Gilg, Peter; Müller, Eva; Rinderknecht, Matthias 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Liberale Parteien, Landesring der Unabhängigen (LdU), 1980 - 2001*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern.
www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 23.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Sozialpolitik	1
Gesundheit, Sozialhilfe, Sport	1
Medizinische Forschung	1
<hr/>	
Parteien, Verbände und Interessengruppen	1
Parteien	1
Liberale Parteien	1

Abkürzungsverzeichnis

EU	Europäische Union
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
NEAT	Neue Eisenbahn-Alpentransversale
SAG	Schweizer Allianz Gentechfrei
EG	Europäische Gemeinschaft
OFRA	Organisation für die Sache der Frau

UE	Union européenne
EEE	l'Espace économique européen
NLFA	Nouvelle ligne ferroviaire à traverser les Alpes
StopOGM	Alliance suisse pour une agriculture sans génie génétique
CE	Communauté européenne
OFRA	Organisation pour la cause des femmes

Allgemeine Chronik

Sozialpolitik

Gesundheit, Sozialhilfe, Sport

Medizinische Forschung

Dafür ausgesprochen hatten sich mit Ausnahme von AP, EDU, LP und SD alle im Parlament vertretenen Parteien, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, der Bauernverband und die Kleinbauernvereinigung, der Evangelische Kirchenbund, der Katholische Frauenbund, die Standesorganisationen von Chemischer Industrie und Medizin, die Kommission für biologische Sicherheit, der Bund für Naturschutz sowie das ehemalige Initiativkomitee, welches 1987 mit der Einreichung seines Volksbegehrens «gegen Missbräuche der Fortpflanzungs- und Gentechnologie beim Menschen» die Diskussion überhaupt erst lanciert hatte.

Bekämpft wurde der Verfassungsartikel von der Liberalen Partei, welcher die neuen Regelungen bereits zu restriktiv waren. Als zu permissiv wurde er hingegen von AP, EDU, der SD und der Jungen SVP abgelehnt, ebenso von der Vereinigung «Ja zum Leben» unter der Führung des Berner EVP-Nationalrats Zwygart, von zahlreichen Frauenorganisationen wie der Ofra, der FraP und – abweichend von der Gesamtpartei – vom Vorstand der CVP-Frauen, von Behindertenvereinigungen sowie vom Basler Appell gegen Gentechnologie und der Schweizerischen Arbeitsgruppe Gentechnologie (SAG).¹

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Liberalen Parteien

Ob **der Landesring der Unabhängigen (LdU)** seine **traditionelle Oppositionsrolle** eher in progressivem oder konservativem Sinne wahrzunehmen habe, blieb kontrovers. Dies wurde zu Anfang des Jahres durch den Austritt des ehemaligen Nationalrats Walter Allgöwer unterstrichen, der als Protest gegen die interventionistischen und umweltschützerischen Bestrebungen in der Partei gemeint war (wenige Monate später schied der von Krankheit gezeichnete Politiker aus dem Leben).

Die Lancierung einer **Initiative gegen das Monopol der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG)** konnte man als Ausdruck der allgemeinen liberalen Tendenz des LdU interpretieren; der progressive St. Galler Nationalrat Franz Jaeger drohte aber mit seinem Rückzug von der Aktion, falls diese, zumal im Blick auf die Behandlung der Jugendunruhen, zu einer Disziplinierung der Medien benützt werden sollte.

Durch ihre Exekutivämter in der Stadt Zürich hatten sich gerade Vertreter des Landesrings exponiert und waren darüber mit den Medien in eine Auseinandersetzung geraten. Sowohl Stadtpräsident Widmer als der städtische Polizeidirektor Frick gehören dem LdU an.

Nicht ganz unberührt blieb der LdU vom Auftreten des **«Migros-Frühlings»** in dem ihm nahestehenden Grossverteilerunternehmen. Namentlich in der St. Galler Kantonalpartei regten sich Sympathien für die Oppositionsbewegung. Die Parteileitung sah sich jedoch zu einer Distanzierung veranlasst, und verschiedene bekannte Persönlichkeiten des Landesrings, selbst Franz Jaeger, unterstützten die offiziellen Kandidaten für die Genossenschaftswahlen. Auch die Zürcher Kantonalpartei trat für die offiziellen Kandidaten ein.²

Zusammen mit der **Arbeitsgruppe für eine neue Agrarpolitik (NAP)** und der **SP lancierte der LdU die Initiative «Bauern und Konsumenten»**.

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 18.05.1992
MARIANNE BENTELI

ANDERES
DATUM: 25.08.1980
PETER GILG

VOLKSINITIATIVE
DATUM: 14.08.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 03.09.1990

MATTHIAS RINDERKNECHT

Für alle **vier Strassenbauinitiativen** (freie Aarelandschaft zwischen Biel und Solothurn/Zuchwil, autobahnfreies Knonauer Amt, autobahnfreie Landschaft zwischen Murten und Yverdon, «Stopp dem Beton»), für die **beiden AKW-Initiativen** (Ausstieg aus der Atomenergie, Moratorium) und für den **Energieartikel** empfahl der LdU die **Ja-Parole**. Die Revisionen der Bundesrechtspflege und des Strassenverkehrsgesetzes sowie den Rebbaubeschluss lehnte er hingegen ab.³

PARTEICHRONIK

DATUM: 15.09.1990

MATTHIAS RINDERKNECHT

Im Landesring verschärften sich während des Berichtsjahres die parteiinternen Konflikte. Dabei waren die **Fronten nicht immer klar und eindeutig**. Während es im Kanton Zürich darum ging, die Wende zu einer ökologisch ausgerichteten Partei auch bei dieser grössten Kantonalpartei vollständig nachzuvollziehen, hatte sich die nationale Parteiführung bei der **Diskussion der Europafrage** gegen Angriffe von seiten des ökologischen Flügels zu wehren. Innerhalb des Zürcher LdU endete der Konflikt zwischen der Parteileitung und dem konservativen Zürcher **Erziehungsdirektor Gilgen** mit dessen **Abwahl** aus dem 25köpfigen Parteivorstand. Darauf trat dieser aus der Partei aus und kündigte an, seinen Sitz bei den Wahlen von 1991 als Parteiloser verteidigen zu wollen.⁴

PARTEICHRONIK

DATUM: 22.10.1990

MATTHIAS RINDERKNECHT

Am schweizerischen Parteitag in Luzern beschloss der LdU die **Unterstützung** der von diversen Medienunternehmungen lancierten **EG-Initiative** und verabschiedete ein **Grundsatzpapier zur Europapolitik**. Verschiedene Delegierte, unter anderem Nationalrat Günter (BE) und mit ihm die gesamte Berner LdU-Sektion sowie viele Frauen, **plädierten vergeblich für die Rückweisung**, da sich das Papier mit den zu erwartenden Problemen in den Bereichen Volksrechte, Neutralität, Umwelt- und Verkehrspolitik nicht befasse. Die Berner LdU-Präsidentin, Eva-Maria Zbinden, trat aus Protest gegen die als wirtschaftsfreundlich apostrophierte «EG-Euphorie» sogar von ihrem Amt zurück.⁵

WAHLEN

DATUM: 11.11.1990

MATTHIAS RINDERKNECHT

Im Berichtsjahr hat der LdU im **Kanton Bern und bei den kommunalen Wahlen in Zürich und Winterthur** sowohl sitzmässig als auch in bezug auf die Wähleranteile **starke Verluste hinnehmen müssen**.

PARTEICHRONIK

DATUM: 20.12.1990

MATTHIAS RINDERKNECHT

Parteipräsident Jaeger (SG) hatte sich aber auch exponiert, als er mit verschiedenen Mitgliedern anderer Parteien an der Besetzung des Geländes des geplanten Waffenplatzes Neuchlen-Anschwilen (SG) teilnahm. Dies trug ihm anlässlich des Parteitages in Aarau vehemente **Kritik** namentlich von einigen Zürcher Delegierten ein; trotzdem wurde er mit 130 von 160 Stimmen für zwei weitere Jahre als Parteipräsident bestätigt. Der **wichtigste Geldgeber** der Partei, der Migros Genossenschaftsbund (MGB) **kündigte** dem LdU hingegen den 1979 abgeschlossenen Zusammenarbeitsvertrag auf Ende 1992; damit müsste der LdU inskünftig ohne den bisher von der Migros geleisteten jährlichen Beitrag von 3 Mio Fr. auskommen. Der MGB, in dessen fünfköpfiger Führungsspitze nur noch Jules Kyburz Mitglied des LdU ist, kritisierte das Vorgehen gegen den Zürcher Regierungsrat Gilgen und zeigte sich auch über Jaegers Solidarisierung mit den Besetzern des Baugeländes des Waffenplatzes Neuchlen-Anschwilen und über die LdU-Unterstützung für die «Stopp dem Beton»-Initiative verärgert.⁶

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 07.05.1991

MATTHIAS RINDERKNECHT

Zu den eidgenössischen Abstimmungen fasste die Partei die **Ja-Parole** für die Initiative zur **Förderung des öffentlichen Verkehrs**, für das **Stimm- und Wahlrechtsalter 18** sowie die **Bundesfinanzreform**; die Militärstrafgesetzsreform lehnte sie als zu wenig weit gehend jedoch ab.⁷

WAHLEN
DATUM: 23.05.1991
MATTHIAS RINDERKNECHT

Der Landesring erlitt im Berichtsjahr durch die **Einbusse von acht Sitzen bei den Wahlen ins Zürcher Kantonsparlament** den bisher schwersten Rückschlag. Damit wurde im Kanton Zürich der Umbau zu einer sozialen und ökologischen Partei, verbunden mit einem Generationenwechsel, wie dies andernorts schon früher geschehen war, mit grossen Verlusten vollzogen. Der LdU hat in den letzten sechs Jahren über einen Drittel seiner Mandate in den Kantonsparlamenten verloren. In fünf Kantonen, in denen er früher in der Legislative sass, ist er überhaupt nicht mehr vertreten (NE, LU, GR, TG, BL). Da der im Vorjahr aus dem Landesring ausgetretene Zürcher Regierungsrat Gilgen, welcher als Parteiloser erneut kandidierte, die Wiederwahl gegen den LdU-Kandidaten Roland Wiederkehr schaffte, ist der Landesring auch in keiner kantonalen Regierung mehr vertreten.⁸

WAHLEN
DATUM: 20.10.1991
MATTHIAS RINDERKNECHT

Im Hinblick auf die **eidgenössischen Wahlen** stellte Parteipräsident Franz Jaeger (SG) fest, dass der Landesring trotz der, Zürcher Niederlage an seinem **ökologisch-sozialliberalen Kurs** festhalten werde. Das im April verabschiedete Wahlmanifest, welches diverse Resolutionen zu Themen wie Umweltschutz, Landwirtschaft, Mutterschaftsschutz und Verfassungsrevision enthielt, sowie eine vor der Wahlkampagne geäusserte pointierte Haltung zugunsten einer liberalen Drogenpolitik und eine differenzierte Position zur Asylpolitik konnte den Krebsgang der Partei bei den eidgenössischen Wahlen (Nationalrat, Ständerat) jedoch nicht stoppen. Der **Verlust von 1,4% Wähleranteil** ging einher mit **drei Mandatseinsbussen**, womit der LdU nur noch fünf Sitze hält; das Minimalziel der Fraktionsstärke konnte immerhin noch erreicht werden.⁹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 16.09.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Umstritten war die Parolenfassung zum **Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht**. Während auf **nationaler Ebene die Nein-Parole** ausgegeben wurde, entschieden sich vier Kantonalsektionen (BE, SG, BS, AG) sowie die Jungpartei zur Unterstützung der Vorlage.¹⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 23.09.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Als Nachfolgerin von Nationalrat Franz Jaeger (SG) trat Ständerätin **Monika Weber** (ZH) das **Parteipräsidium** an. Erklärtes Ziel ist für sie unter anderem eine **Öffnung der Partei zu einer nicht ideologisch ausgerichteten Organisation**, welche künftig auf pragmatischere Weise ausserhalb des Links-Rechts-Schemas politisieren soll. Mit der neuen Präsidentin, welche Direktorin des Bereichs Wirtschaftspolitik und Konsumentenfragen des Migros Genossenschaftsbundes (MGB) ist, wurde die durch den Gründer Gottlieb Duttweiler institutionalisierte personelle Verbindung zwischen der Partei und dem MGB wiederhergestellt. Gleichzeitig verstand es die neue Parteipräsidentin, das zerstörte Vertrauensverhältnis zwischen dem MGB und der Parteileitung wiederherzustellen, was sich in der Form einer erneuten Zusicherung der finanziellen Unterstützung durch die Migros im bisherigen Rahmen (3 Mio Fr. pro Jahr) auszahlte.¹¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 01.10.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Mit dem sogenannten **«Manifest für den Mittelstand»** setzte die neue Präsidentin ihre politischen Akzente auf **mehr Sicherheit im Alltag**, vor allem aber auf **wirtschaftspolitischer Ebene** (allgemeine Deregulierung, Senkung der Staatsquote, offene Aussenwirtschaftspolitik) und **weniger im Umweltschutzbereich**, wie dies ihr Vorgänger getan hatte. Einzelne Parteioxponenten übten allerdings Kritik an diesem Kurswechsel; der bei den letzten Nationalratswahlen abgewählte Berner Paul Günter trat sogar aus der Partei aus.¹²

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 16.11.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Sehr klar war das Bekenntnis der Delegierten zum **EWR**, den sie **mit 104 zu 12 Stimmen zur Annahme empfohlen**. Im übrigen sprach sich der LdU erneut für einen EG-Beitritt aus, für welchen er schon seit 1990 plädiert.¹³

WAHLEN
DATUM: 22.11.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Der **Erosionsprozess des LdU** konnte im Berichtsjahr **nicht gestoppt werden; schwere Verluste** musste die Partei bei den Kantonalwahlen in Basel-Stadt und St. Gallen hinnehmen, wo sie fünf resp. vier Mandate verlor. Auch in der Stadt Biel musste sie einen ihrer zwei Parlamentssitze abgeben.

PARTEICHRONIK
DATUM: 04.01.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

Als neue Fraktionspräsidentin LdU/EVP wurde die **Zürcher Nationalrätin Verena Grendelmeier** gewählt, während **Max Dünki (evp, ZH) das Vizepräsidium** übernahm.¹⁴

WAHLEN
DATUM: 07.03.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

Bei kantonalen Wahlen verlor der LdU im **Aargau von seinen sechs bisherigen einen Sitz**.

PARTEICHRONIK
DATUM: 29.08.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

Im LdU sorgten die **Asyl- und Drogenproblematik** für Unruhe, als Ständerätin und Parteipräsidentin Weber (ZH) eine **härtere Gangart gegen kriminelle Asylbewerber** forderte. Weber hatte sich im übrigen auch als Gegnerin der beiden Armeeinitiativen (Waffenplätze und Kampfflugzeuge) innerhalb der Partei, welche diese beiden Begehren unterstützte, exponiert.¹⁵

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 25.10.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die Delegierten resp. der Delegiertenrat sprachen sich für die **Ja-Parole zu allen eidgenössischen Abstimmungen** mit Ausnahme der Initiative zur **Abschaffung der Tierversuche**, für welche Stimmfreigabe beschlossen wurde, aus.¹⁶

WAHLEN
DATUM: 17.04.1994
EVA MÜLLER

Bei den **kantonalen Wahlen** verlor die Partei in Bern einen ihrer bisherigen drei Sitze.

PARTEICHRONIK
DATUM: 04.08.1994
EVA MÜLLER

Die LdU-Parteileitung zog organisatorische Konsequenzen aus dem Wählerrückgang und will **ihre Kräfte künftig auf jene Kantone konzentrieren, wo die Partei noch Wähler hat**: Vier Geschäftsstellen in Luzern, Thurgau, Solothurn und Graubünden wurden die Beiträge gestrichen, was praktisch einer Schliessung gleichkommt. Die Kantonalsektion Luzern beantragte deshalb ihre Auflösung.¹⁷

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 12.08.1994
EVA MÜLLER

An einem dreitägigen Parteitag verabschiedete der LdU das Thesenpapier «Eine Schweiz für das 21. Jahrhundert». Darin forderte er eine grundlegende **Regierungs- und Staatsreform**, den Wechsel vom **Konkordanz- zum Konkurrenzsystem**, um die Regierung transparenter zu machen und die **Abschaffung der Zauberformel**. Auf die direkte Demokratie wollte er aber nicht verzichten. Der LdU forderte auch die Schaffung eines Verfassungsgerichtes. Abgelehnt wurden von den 250 Delegierten Anträge, die auf eine Heraufsetzung der Zahl der Bundesräte von sieben auf elf zielten oder die Volkswahl der Landesregierung verlangten. Weiter postulierte der LdU in seinem Thesenpapier eine Annäherung der Schweiz an die Europäische Union und eine liberale, aktive Einwanderungspolitik. Ausserdem beschloss er die Lancierung einer Initiative «Schluss mit der Schuldenwirtschaft» für Anfang 1995. Der Initiative wurde im Herbst von der LdU/EVP-Fraktion ein Paket von parlamentarischen Vorstössen vorgeschickt, darunter eine Motion, die eine zeitliche Beschränkung aller Subventionen fordert und eine weitere, die das Wachstum der Bundesausgaben auf das Wachstum des Bruttoinlandprodukts beschränken will.¹⁸

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 03.12.1994
EVA MÜLLER

Bei den eidgenössischen Abstimmungen wich der LdU **in drei Vorlagen von Bundesrat und Parlament ab**. So befürwortete er die Alpeninitiative, empfahl aber das Luftfahrtgesetz und die Verbilligung des Brotgetreides zur Ablehnung.¹⁹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 30.12.1994
EVA MÜLLER

In einem neuen Landwirtschaftskonzept forderte die LdU einen radikalen **Bruch mit der bisherigen Agrarpolitik**. Der Absatz der Produkte sei dem Spiel der Marktkräfte zu überlassen und der Staat solle sich im wesentlichen darauf beschränken, Umweltleistungen abzugelten.

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 16.08.1995
EVA MÜLLER

Der in der Europafrage geschlossene LdU forderte im Wahljahr 95 **rasche Verhandlungen über den EU-Beitritt** und warf den bürgerlichen Parteien CVP und FDP vor, die Europafrage zu tabuisieren. Gleichzeitig betonte er **innere Reformen** als Voraussetzung für eine Öffnung der Schweiz. Nötig sei die **Durchsetzung marktwirtschaftlicher Grundsätze** durch ein strenges Kartellverbot, die Aufhebung des Saisonierstatuts, die Herstellung der Freizügigkeit des Personenverkehrs und der Ersatz der Planwirtschaft im Agrarsektor durch eine marktwirtschaftliche Ordnung. Das Subventionswesen sei neu zu regeln, indem unter anderem Subventionen alle zehn Jahre auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden müssten. Die Partei wiederholte ausserdem ihre Forderung nach einem parlamentarischen Konkurrenzsystem. Die Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative «Schluss mit der Schuldenwirtschaft», welche der LdU zu Beginn des Jahres lanciert hatte, brach er im März 1996 wieder ab.²⁰

WAHLEN
DATUM: 22.10.1995
EVA MÜLLER

Der LdU feierte im Berichtsjahr das 60jährige Jubiläum, musste aber gleichzeitig den **politischen Tiefststand seit der Gründung** registrieren. Bei den **Zürcher kantonalen Wahlen** konnte er mit Proporzglück zwar **vier Sitze hinzugewinnen**. Auf eidgenössischer Ebene konnte die Partei die Mandate von zwei zurücktretenden Ratsmitgliedern aber nicht halten und ist **neu nur noch mit vier Parlamentariern** vertreten.²¹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 13.04.1996
EVA MÜLLER

Eine eher verwirrlische Position nahm der LdU im Referendumskampf gegen die Verwaltungs- und Regierungsreform ein, in dem er sich einmal mehr für den Übergang zu einem parlamentarischen Konkurrenzsystem einsetzte. **Die Vorlage selbst lehnte er ab.**²²

PARTEICHRONIK
DATUM: 10.06.1996
EVA MÜLLER

Nach vierjähriger Amtszeit gab die populäre Zürcher Ständerätin Monika Weber das Präsidium des dahinsiebelnden LdU ab. Weil sich keiner der drei verbleibenden LdU-Nationalratsmitglieder zur Kandidatur bereit erklärte, wurde schliesslich der auf eidgenössischer Ebene wenig bekannte **bernische LdU-Kantonalpräsident Daniel Andres zum neuen Parteipräsidenten gewählt**. Andres sprach sich für einen sozial-liberalen und wieder verstärkt ökologischen Kurs des Landesrings aus; grüne Anliegen waren bei Weber in den Hintergrund getreten. Dem Präsidenten steht neu ein vierköpfiges Vizepräsidium zur Seite.²³

WAHLEN
DATUM: 17.07.1996
EVA MÜLLER

Im April löste sich der LdU Basel-Stadt offiziell auf. Die drei nach den Wahlen von 1992 im Kantonsparlament verbliebenen LdU-Mitglieder hatten während der Legislatur zu den Grünen gewechselt. Im Thurgau verlor der LdU anlässlich der Grossratswahlen seinen einzigen Sitz. Damit ist die Partei nur noch in **vier kantonalen Parlamenten** (AG, BE, SG und ZH) vertreten. In der Stadt Bern konnte der LdU mit Claudia Omar jedoch wieder einen Exekutivsitze erobern.

Zu Polemiken und aufsehenerregenden Parteiaustritten u.a. des LdU-Kantonalpräsidenten kam es im Kanton Aargau, nachdem sich die Partei weigerte, Grossrat Bruno Nüsperli auszuschliessen, der u.a. ein Hitler-Zitat zur Bekämpfung einer Vorlage benutzt hatte. Ein Ausschluss Nüsperlis hätte für den LdU das Ende der Grossratsfraktion bedeutet. Der LdU SG beantragte der Landespartei, die Beziehung zur Kantonalpartei AG zu überprüfen.²⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 30.08.1996
EVA MÜLLER

Im August gab der Migros-Genossenschafts-Bund bekannt, dass er die **finanzielle Unterstützung des LdU von bisher jährlich 3 Mio CHF auf 600'000 CHF kürzen wird**. Er begründete den für die Partei nicht überraschend gekommenen Entscheid damit, dass der traditionell zur Verfügung gestellte Betrag der heutigen Situation und Grösse des LdU angepasst werde. Das Versiegen des Migros-Geldstroms brachte die Partei in arge finanzielle Bedrängnis. Den Geschäftsstellen St. Gallen und Aarau droht die Schliessung, womit landesweit mit Zürich und Bern nur noch zwei Geschäftsstellen übrigbleiben würden.²⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 25.11.1996
EVA MÜLLER

Trotz des knapperen Budgets und düsteren Zukunftsprognosen propagierte der Parteivorstand einen Neuanfang und plante dabei insbesondere, mit einem **Namenswechsel zur «Sozial-liberalen Partei der Schweiz», vom Image der «Migros-Partei» wegzukommen**. Der bisherige Name sage nichts über politische Inhalte aus und sei interpretationsbedürftig. An einem ausserordentlichen Parteitag im November wurde die Namensänderung von den Delegierten mit 84 zu 29 Stimmen jedoch klar abgelehnt, da der Name «Landesring» dem Wahlvolk ein Begriff sei; «unabhängig» gebe zudem die Stellung der Partei in der Politlandschaft am besten wieder. Angenommen wurden dagegen neue Statuten. Diese sollen der Parteispitze durch die Aufwertung des Vorstands und die Aufhebung des Delegiertenrats mehr Handlungsspielraum einräumen.²⁶

WAHLEN
DATUM: 02.03.1997
EVA MÜLLER

Bei den **kantonalen Wahlen** büsste der LdU im Aargau **drei Parlamentssitze** und damit den Fraktionsstatus ein.

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 12.06.1997
EVA MÜLLER

In einem Positionspapier sprach sich der LdU für **lediglich eine Neat-Achse** aus. Auf der anderen Achse seien die Bergstrecken zweckmässig auszubauen.²⁷

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 25.10.1997
EVA MÜLLER

An einem ausserordentlichen Parteitag in Winterthur bekräftigte der LdU seine **europafreundliche Haltung** und genehmigte einstimmig ein Positionspapier mit der Forderung, die **bilateralen Verträge höchstens als Übergangslösung** zu sehen. Nach deren Abschluss seien unverzüglich Beitrittsverhandlungen mit der EU anzustreben.²⁸

WAHLEN
DATUM: 07.06.1998
URS BEER

Bei den kantonalen Wahlen setzte sich der **Untergang des Landesrings unvermindert fort**. Im Kanton Bern verlor er seine letzten beiden Mandate und ist somit nur noch in drei kantonalen Parlamenten (ZH, SG, AG) vertreten. Ferner musste er in Zürich nach der Wahl von Monika Weber in den Zürcher Stadtrat seinen einzigen Ständeratssitz an die SVP abtreten.

PARTEICHRONIK
DATUM: 10.10.1998
URS BEER

An der ausserordentlichen Hauptversammlung der Stadtberner LdU-Sektion Mitte Oktober beschlossen die Mitglieder auf Antrag des Vorstandes, die Ortsgruppe Bern aufzulösen. **Grund dafür war der unaufhaltsame Sinkflug in der Stadt Bern**, wo der LdU zu seinen besten Zeiten Wähleranteile von bis zu 13,3% erreicht hatte. Seit 1976 ging es stetig abwärts; bei den letzten Stadtratswahlen (Legislative) von 1996 erreichte die Partei einen Wähleranteil von noch 2,5%. Der Vorstand **legte den Parteimitgliedern den kollektiven Übertritt zur Grünen Freien Liste nahe**. Die bisherigen Mandatsträger, Schuldirektorin Claudia Omar sowie die zwei LdU-Stadträte, kündigten den Übertritt zur GFL auf Anfang 1999 an. Der Entscheid zur Auflösung traf bei Mitgliedern anderer Ortsgruppen des Kantons Bern auf heftige Opposition, weil insbesondere die Thuner Sektion für die bevorstehenden Wahlen negative Auswirkungen befürchtete. Kämpferisch zeigte sich die nationale Parteizentrale und stellte eine grössere Mitgliederwerbe-Aktion in Aussicht mit dem Ziel, in Bern eine neue Ortsgruppe zu gründen.²⁹

PARTEICHRONIK
DATUM: 02.11.1998
URS BEER

Der seit 1996 amtierende **LdU-Präsident Daniel Andres trat** nach einer Aussprache mit dem Vorstand über die Lage und Zukunft der Partei **zurück**. Der Vorstand warf ihm fehlende Führungskraft vor und zweifelte daran, ob er im Wahljahr 1999 nach aussen die nötige Durchschlagskraft zu entwickeln vermöge. Schon kurz nach Amtsantritt war Andres' Versuch misslungen, den LdU in «sozial-liberale Partei» umzubenennen. Der neue LdU-Präsident wird am ausserordentlichen **Parteitag vom 16. Januar 1999 gewählt werden**.³⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 17.04.1999
DANIEL BRÄNDLI

Die seit 1983 amtierende Zürcher **LdU-Nationalrätin Grendelmeier** gab im Januar bekannt, dass sie nach der Frühlingssession **aus dem Parlament zurücktreten werde**. Zudem musste die Partei ein neues Präsidium wählen, nachdem Daniel Andres (BE) im vorigen Herbst sein Amt zur Verfügung gestellt hatte. Die Kantonalparteien hatten im Vorfeld den Wunsch geäussert, das neue Präsidium müsste auch im nationalen Parlament vertreten sein. Nach der Rücktrittsankündigung Grendelmeiers stand **Anton Schaller**, erstes nachrückendes Mitglied auf der Zürcher LdU-Liste, praktisch als **Nachfolger für das Präsidium** fest. Der 54jährige Schaller, Fernsehproduzent und Zürcher Kantonsrat, erhielt 53 Delegiertenstimmen bei 10 Enthaltungen. Von einigen seiner Parteigenossen wurde die Befürchtung eingebracht, mit der Wahl Schallers sei ein Linksrutsch vorprogrammiert. In Presseinterviews verkündete Schaller einige Tage später, dass bei weiteren Verlusten im Wahljahr eine «würdige Liquidation» der Partei anstehen könnte. Mitte Februar wurde die Zürcher Kantonsrätin Astrid Kugler zur neuen Generalsekretärin ernannt. Das Amt war seit dem vergangenen Herbst interimistisch durch Rudolf Hofer, Sekretär der LdU/EVP-Bundeshausfraktion, ausgeübt worden. Im April gaben die Partei und der Migros-Genossenschafts-Bund ihre definitive Trennung bekannt.³¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 30.07.1999
DANIEL BRÄNDLI

Nach dieser Trennung wollte sich der LdU **als unabhängige Partei neu positionieren** und neue Wähler ansprechen. Parteipräsident Schaller führte aus, das Ziel seiner Partei sei die Bildung einer neuen Mitte; es seien bereits Gespräche mit Teilen der Grünen, der CSP und der EVP geführt worden. Auch mit Angestelltenverbänden werde eine Zusammenarbeit angestrebt. Doch die Niederlage bei den Zürcher Kantonswahlen versetzte der Partei einen harten Schlag. Der LdU verlor vier seiner bislang sechs Sitze im Kantonsrat; Schaller selbst wurde nicht wiedergewählt. Trotz entsprechender Anträge wurde am **Reformparteitag vom Mai in Zürich mit 52 zu neun Stimmen keine Auflösung** der Partei beschlossen. Die Kantonalsektionen Aargau, Solothurn, St. Gallen, Bern und Zürich waren bereit, den Wahlkampf für die Nationalratswahlen aufzunehmen. An einer Pressekonferenz Ende Juli verkündete Schaller, der LdU trete unter der Bezeichnung «Liste der Unabhängigen» den Wahlkampf an. Auch ein neues Logo in Blau mit dem Schriftzug «Neugeboren und unbequem» wurde vorgestellt.³²

PARTEICHRONIK
DATUM: 04.12.1999
DANIEL BRÄNDLI

Die Nationalratswahlen vom Oktober brachten dem LdU eine brutale Niederlage. Er verlor zwei seiner drei Sitze und sein Wähleranteil ging von 1,8% auf 0,7% zurück. Einzig der Zürcher Wiederkehr konnte seinen Sitz im Nationalrat halten. **Zwei Tage nach der Wahlniederlage** beantragte der Vorstand die **Auflösung des LdU**. Nach 63jährigem Bestehen löste sich der LdU Anfangs Dezember in Aarau auf. Mit 57 gegen sieben Stimmen beschlossen die **Delegierten am 4. Dezember das Aus für die nationale Partei**. Vertreter aus dem Kanton St. Gallen machten jedoch deutlich, dass sie auf kommunaler Ebene weiter kämpfen wollen. Gleichzeitig mit der Auflösung wurde am Parteitag die «Landesstiftung der Unabhängigen (LdU)» ins Leben gerufen, die das Gedankengut der Partei weitertragen soll. Zwei anderslautende Anträge, ein «Forum Schweiz-Europa» zu schaffen oder das Geld mittels einer Schenkung der Migros zu vermachen, wurden abgelehnt.³³

WAHLEN

DATUM: 31.12.2001

MAGDALENA BERNATH

Im Kanton Aargau trat der Landesring der Unabhängigen (LdU) nicht mehr zu den Parlamentswahlen an und verlor seine letzten beiden Mandate. Er ist nur noch in den Kantonen Zürich (2 Sitze) und St. Gallen (3 Sitze) vertreten.

-
- 1) JdG, 13.5.92; Presse vom 16.5.92.
 - 2) TA, 27.2.8, 28.4., 2.6., 23.7., 25.8.80; Ring, 18.3.80; LNN, 14.7.80.
 - 3) Presse vom 22.1.90 und 3.9.90
 - 4) TA vom 20.3.90; Ww vom 29.3.90; BZ vom 1.5.90; NZZ vom 15.9.90
 - 5) TA und LNN vom 22.10.90
 - 6) BaZ vom 12. und 14.7.90; BZ vom 13.7.90; Presse vom 20.12.90
 - 7) Presse vom 28.1.91; NZZ vom 7.5.91.
 - 8) Presse vom 9.4.91; L'Hebdo vom 23.5.91
 - 9) Presse vom 15.4.91; NZZ vom 12.7.91; TW vom 27.9.91; TA vom 7.10.91
 - 10) AT vom 10.9.92; BaZ vom 11.9.92; SGT vom 16.9.92.
 - 11) WoZ vom 19.3.92; TA vom 7.4.92; BaZ vom 25.4.92; Presse vom 27.4.92; NZZ vom 23.9.92; klar, Mitteilungsblatt des LdU (1992), Nr. 1 und 2
 - 12) NZZ, 1.10.92; Bund, 3.10.92; Presse vom 24.8.92
 - 13) Presse vom 16.11.92; Verhandl. B. vers., 1992, I-II S. 52
 - 14) NZZ vom 4.1.93
 - 15) SoZ vom 29.8.93
 - 16) Parolen 1993; Presse vom 1.2., 26.4., 6.9. und 25.10.93
 - 17) BZ, 4.5.94
 - 18) Presse vom 30.5.94; NZZ, 12.8.94; Verhandl. B. vers. 1994, III, S. 62
 - 19) Parolen 1994
 - 20) Presse vom 13.2.95; NZZ, 16.8.95
 - 21) TA, 15.9.95; Bund, 16.9.95
 - 22) SGT, 13.4.96
 - 23) TA, 25.3.96; SoZ, 31.3.96; Presse vom 10.6.96
 - 24) NZZ, 2.4.96; TA, 15.7.96; BZ, 17.7.96
 - 25) SoZ, 25.8.96; NZZ, 30.8.96
 - 26) BaZ und NZZ, 8.11.96; Presse vom 25.11.96
 - 27) NZZ, 12.6.97
 - 28) Presse vom 27.10.97
 - 29) Bund, 19.9., 6.10., 15.10. und 16.10.98; BZ, 19.9. und 22.9.98
 - 30) NZZ, 24.10.98; TA, 31.10.98; Presse vom 2.11.98
 - 31) Presse vom 18.1., 13.2. und 19.4.99; Bund, 23.1.99; NZZ, 26.2. und 19.4.99
 - 32) Presse vom 10.5.99; TA, 30.7.99
 - 33) NZZ, 27.10.99; Presse vom 6.12.99. Zur Geschichte des LdU: BaZ, 28.10.99; NZZ, 19.11.99